

## Sechs Fragen an sechs Kandidaten

Mit der Neuwahl des Oberbürgermeisters geht die Ära Gert Hoffmann in Braunschweig ihrem Ende entgegen. Sechs Kandidaten stellen sich zur Wahl, die Umweltzeitung befragte sie vorab zu einigen kommunal- wie umweltpolitisch relevanten Themen. Im Folgenden präsentieren wir die Fragen und die – zum Teil redaktionell gekürzten – Antworten der Kandidaten Hennig Brandes (CDU), Ulrich Markurth (SPD), Holger Herlitschke (Bündnis90/Die Grünen), Wolfgang Büchs (BIBS), Merten Herms (Piraten) und Udo Sommerfeld (Die Linke).

In der Printausgabe der Umweltzeitung mussten die Antworten zum Teil stark gekürzt werden, hier die ungekürzte Fassung:

Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Der noch amtierende Oberbürgermeister Gert Hoffmann hat versucht, durch Privatisierungen öffentlichen Eigentums den Haushalt der Stadt zu sanieren. Wie beurteilen Sie den Erfolg dieser Politik und wie steht Braunschweig Ihrer Ansicht nach heute finanziell da?</b></p>	<p>Es wurde nicht nur versucht, den Haushalt der Stadt Braunschweig zu sanieren, sondern der Haushalt wurde saniert. Gegenüber 470 Mio. Euro Schulden im Jahr 2001 und 29 Mio. Euro jährlichen Darlehnszinsen an die Banken werden der Schuldenstand Ende 2014 bei unter 79 Mio. Euro, die Darlehnszinsen bei etwa 4 Mio. Euro/Jahr und die Liquidität bei rund 92 Mio. Euro liegen, was faktisch bedeutet, dass Braunschweig schuldenfrei ist. Ich fand und finde diesen Kurs absolut richtig, weil er die Grundlage für die Entschuldung und die heutige wirtschaftliche Stärke der Stadt gelegt hat. Nur so können wir in die Zukunft unserer Stadt (bspw. Schulsanierung, Kinderbetreuung) investieren. Deshalb möchte ich das fortsetzen. Das bedeutet weiterhin Ausgabendisziplin, Sicherung der Liquidität zum Ausgleich von Schwankungen u.a. der Gewerbesteuer, hohe Investitionsquote und weiterer Abbau der restlichen Schulden. Um Unterstellungen, die in der</p>	<p>Braunschweig hat aktuell Gestaltungsspielräume, die für nachhaltige Investitionen z. B. in Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur genutzt werden sollten.</p>	<p>Bei diesem Thema haben wir stets eine andere Position als der bisherige Amtsinhaber vertreten. Die sogenannte „Haushaltskonsolidierung“ von Herrn Dr. Hoffmann steht leider auf tönernen Füßen. Wie in der Frage angedeutet, bestand sie tatsächlich im Wesentlichen darin, die öffentliche Daseinsvorsorge – ganz oder teilweise – zu privatisieren. Zwar ist dadurch der Schuldenstand der Stadt Braunschweig deutlich gesunken, leider wegen des Verkaufs der Braunschweiger Versorgungs-AG (BVAG) aber auch eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen größtenteils versiegt. Außerdem sind die Privatisierungserlöse mittlerweile aufgebraucht. Der CDU-Oberbürgermeister hinterlässt seinem Nachfolger also kein leichtes Erbe und einen strukturell defizitären Haushalt.</p>	<p>Die sog. „Haushaltssanierung“ ist eine Mogelpackung: Städtisches Vermögen für ca. 780 Mio. Euro ist versilbert worden, zusätzlich wurden langfristige Kredite aufgenommen, die eines Tages auf einen Schlag zurück gezahlt werden müssen: Für die Schul-PPP muss Braunschweig pro Jahr bis 2025 etwa 15 Mio. Euro/Jahr aufbringen; 2035 sind schätzungsweise 350 Mio. Euro für den Rückkaufwert der Kanalnetze und weitere ca. 450 Mio. Euro Bankverpflichtungen aus Forfaitierungen fällig. Auch dafür müssen Rücklagen gebildet werden. Eine solche "Haushaltssanierung" ist keine Kunst: Es ist so, als ob man sein Häuschen verkauft und zusätzlich noch den Familienschmuck im Pfandhaus beleiht. D.h. ziemlich genau die 34 Mio. Euro, die Dr. Hoffmann pro Jahr mehr zur Verfügung hatte, müssen ab 2015 zur Rücklagenbildung abgezogen werden. Als Folge der Hoffmann'schen "Haushaltssanierung" stehen fast 70 Mio. Euro/Jahr weniger zur Ver-</p>	<p>Die finanzielle Situation Braunschweigs scheint durch diese Privatisierungspolitik auf den ersten Blick besser geworden zu sein. Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass mittel- und langfristig keine weiteren Einnahmen durch die vormals kommunalen Einrichtungen erzielt werden und Investitionen durch die privaten Investoren zukünftig nur noch im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit getätigt werden, so dass eine Verschlechterung der Versorgung zu erwarten ist.</p>	<p>Die Hoffmann'sche Finanzpolitik erscheint auf den ersten Blick erfolgreich, sie ist aber das genaue Gegenteil davon. Für 2 Euro musste öffentliches Eigentum verschербelt werden, um 1 Euro Schulden abzubauen. Der andere Euro wurde benötigt, um die Verluste der Hoffmann'schen Haushalte zu kaschieren. Braunschweig steht vor einem riesigen Finanzproblem, da die Gewinne der Versorgungs AG fehlen und die Privatisierungserlöse aufgebraucht sind.</p>

	<p>Fragestellung anklagen vorzubeugen, w Weitere Privatisierungen wie beispielsweise des Klinikums oder der Wohnbaugesellschaft waren und sind bewusst nicht vorgesehen.</p>			<p>fügung. Durch Privatisierungen und Verkäufe hat die Stadt ihre finanziellen Handlungsspielräume für die nächsten Jahre weitgehend verloren. Wenn der zukünftige OB keine Kredite aufnehmen will, muss jede Haushaltsposition im Hinblick auf ihre Notwendigkeit geprüft und der Gürtel erheblich enger geschnallt werden. Echte Haushaltssanierung kann erst jetzt beginnen.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Wie stehen Sie zu Vorschlägen, privatisierte oder teilprivatisierte kommunale Einrichtung (wie BS Energy oder die SEBS) wieder zu kommunalisieren? Wo würden Sie gegebenenfalls damit anfangen?</b></p>	<p>Solche Vorschläge sind weder sinnvoll und erforderlich, noch solide finanziert möglich. Die angesprochenen Unternehmen haben sich in privatisierter bzw. teilprivatisierter Form gut entwickelt, es wurden keine Arbeitsplätze abgebaut sondern sogar aufgebaut (so bei ALBA von etwa 250 auf 500 Mitarbeiter), die Aufgaben werden zur Zufriedenheit der Stadt und ihrer Bürger von den Unternehmen und ihren Mitarbeitern erbracht und auch die Ausschüttungen an die Stadt wurden trotz Minderheitsbeteiligung der Stadt (wie an BS   ENERGY) durch eine kluge Unternehmenspolitik sowie hohe Gewerbesteuern sogar im Durchschnitt der Jahre erhöht.</p>	<p>Im Kern geht es immer um die Frage, wie wir Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge am besten, d. h. effektiv und effizient, erledigen. Viel zu oft wird in diesem Zusammenhang über Geld und Preise geredet – ich diskutiere in erster Linie über Werte und Prioritäten. Es gilt in jedem Fall, Rahmenbedingungen zu analysieren und die kommunale Steuerung zu garantieren. Nur so können Entscheidungen der Daseinsvorsorge, die z. T. alle Menschen betreffen, auch demokratisch legitimiert umgesetzt werden. Strategische Partnerschaften können für eine professionelle und wirtschaftliche Aufgabenerledigung hilfreich sein.</p>	<p>Dem Ziel der Rekommunalisierung (teil-)privatisierter städtischer Unternehmen stehe ich generell sehrgeschlossen gegenüber. Meine Partei hat sich bei der letzten Kommunalwahl 2011 dafür ausgesprochen, die erfolgten Privatisierungen wenn möglich rückgängig zu machen. Daher streben wir bei den privatisierten Aufgaben langfristig wieder ein stärkeres Engagement der Stadt an. Dies wäre zum Beispiel durch den – allerdings sehr teuren! – Rückkauf der Mehrheitsanteile an „BS Energy“ oder durch den Aufbau von neuen Stadtwerken in städtischer Regie möglich. Andere Städte und Gemeinden sind auf diesem Gebiet bereits erfolgreich aktiv geworden. Wenn man das Thema Rekommunalisierung ernsthaft angehen will, benötigt man aber zunächst einmal belastbare Zahlen. Handlungsmöglichkeiten in diese Richtung ergeben sich für Braunschweig vor allem in den letzten Jahren vor Auslaufen der entsprechenden Konzessions- und Dienstleistungsverträge.</p>	<p>Die Rekommunalisierung öffentlichen Eigentums, insbesondere, wenn es die Daseinsvorsorge betrifft, ist ein zentrales Credo der BIBS. Dies wird aber aufgrund der o.g. katastrophalen Haushaltslage sehr schwierig und muss gegen andere Großprojekte (z.B. Stadtbahnausbau, Altlastensanierung) abgewogen werden. Denn in o.g. Rechnung noch nicht enthalten sind Rücklagen für eine Rekommunalisierung der Stadtwerke. Durch Privatisierung der Stadtwerke sind BS bisher ca. 450 Mio Euro Gewinn entgangen, in etwa genau das, was als Kaufpreis erzielt wurde, ein Nullsummenspiel, nur mit dem Unterschied, dass uns 75% von BS/Energy nicht mehr gehören. Hinzu kommt der Gewinneinbruch bei BS/Energy: Im Glauben an steigende Strompreise hat man viel mehr Strom gekauft als man eigentlich brauchte, in der Hoffnung ihn dann gewinnbringend an der Strombörse los zu werden (sog. „virtuelles Kraftwerk“). Der Schuss ist allerdings hinten los gegangen. Nun muss BS/Energy mindestens für die nächsten 3 Jahre eine Drohverlustrückstellung anlegen, die 2013 schon mit 28 Mio. Euro Verlust eingeschlagen hat. Der Vertrag läuft allerdings bis 2025 – wer weiß was noch auf uns zukommt?. Ebenfalls wäre es wichtig</p>	<p>Einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowohl innerstädtisch als auch in der Region begrüße ich grundsätzlich. Wichtig ist dabei aber, die Bürger sehr frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Nur durch Mitbestimmung und Teilhabe kann eine Verbesserung der Lebensumstände genau dieser Bürger erreicht werden. Auch hoffe ich, dass sich durch einen attraktiv ausgebauten ÖPNV die Parkplatzprobleme innerhalb der Stadt nachhaltig entspannen.</p>	<p>Daseinsvorsorge muss öffentlich sein und nicht den Profitinteressen von Konzernen unterworfen werden. Außerdem brauchen wir das Geld, welches derzeit in die Konzernkasse von veolia nach Paris fließt, zur Finanzierung unserer kommunalen Aufgaben. Daher ist eine Rekommunalisierung notwendig. Als erster Schritt sollten die Konzessionen für die Leitungsnetze nicht mehr an veolia, sondern an ein kommunales Unternehmen vergeben werden.</p>

				<p>die Abfallentsorgung zu re-kommunalisieren. In Braunschweig zahlen die Bürger sehr hohe Gebühren für die Müllabfuhr bei schlechtem Service. Im kommunal organisierten Wolfsburg zahlen die BürgerInnen nur fast 1/3 der Gebühren im Vergleich zu Braunschweig. Sie haben zwar die weniger schicken gelben Säcke, aber eine 14-tägige Abholung und Sperrmüll kostet auch nichts extra. Im Bereich Abfallentsorgung haben sich die privaten Strukturen allerdings schon so verfestigt, dass es sehr schwer wird, den geeigneten Zugriff zu finden.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Derzeit wird ein neues Stadtbahnkonzept ausgearbeitet. Wie stehen Sie zu den diskutierten Ausbaumaßnahmen für die Stadtbahn? Soll auch versucht werden, die RegioStadtbahn nochmals neu zu initiieren?</b></p>	<p>Ich warne vor zu viel Euphorie. Ein Stadtbahnausbau ist nur dort sinnvoll und finanzierbar, wo die Straßenbahn Vorteile gegenüber dem Bus hat (hoher Kapazitätsbedarf, Geschwindigkeit) und dies städtebaulich machbar ist, also bei einer Erschließung großer verdichteter Stadtteile mit vielen Einwohnern, möglichst mit separater Gleisstrasse. Verkehr sollte man besser ganzheitlich betrachten, deshalb sehe ich meine Schwerpunkte mehr in einem verkehrsmittelübergreifenden Ansatz und als „Verkehrskompetenzstandort“ besonders bei Innovationen (verkehrsmengenabhängige Steuerung und Stauvermeidung, E-Mobilität/E-Busse, Fahrgastinformation/Echtzeit-App/E-Ticket, gute Anschlüsse Bahn/Bus/Straßenbahn, Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofes, Steigerung Radverkehr usw.). Eine RegioStadtbahn wäre keine Aufgabe der Stadt sondern des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB). Sie hat sich als nicht wirtschaftlich und damit nicht förderfähig und folglich nicht finanzierbar erwiesen. Das Land tut sich schwer, den ZGB mit ausreichend Geldern für den Betrieb des neuen Regionalbahnkonzeptes auszustatten, eine RegioStadtBahn mit wesentlich höheren Kosten würde einen weit höheren Finanzbedarf erfordern und ist aus diesen Gründen un-</p>	<p>Mobilität ist ein zentrales Thema für Stadt und Region. Ein deutlich verbessertes Nahverkehrssystem ist Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Teilhabechancen aller Bürgerinnen und Bürger. Eine RegioStadtbahn, auch für die Achse Wolfsburg-Braunschweig-Salzgitter sowie der Ausbau der innerstädtischen Stadtbahnlinien ist für mich dringend erforderlich.</p>	<p>Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere des Stadtbahnangebots ist für mich ein zentrales Thema. Schienengebundener ÖPNV ist bekanntlich deutlich attraktiver als nicht schienengebundener. Die erste Phase der Ideeengewinnung für das Stadtbahnausbaukonzept ist bereits abgeschlossen. Nun müssen die einzelnen Vorschläge intensiv geprüft und die sinnvollen Maßnahmen realisiert werden. Für mich haben die Strecken Priorität, die den größten Effekt für die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen haben. Dieser Effekt tritt nur ein, wenn durch die neue Stadtbahn die Belastungen aus dem Autoverkehr nennenswert vermindert werden, es also leiser, sauberer und sicherer für alle wird. Mir erscheint es nur dann sinnvoll, das Projekt „RegioStadtbahn“ erneut auf die Tagesordnung zu setzen, wenn tatsächlich Einigkeit mit allen Gebietskörperschaften des Zweckverbandes, mit dem Land und den regionalen Landtagsabgeordneten sowie mit der Bahn und der Landesnahverkehrsgesellschaft über das Projekt besteht.</p>	<p>Eine Stadtbahn hat sicherlich einen gefühlten Komfortvorteil gegenüber schaukelndem und ruckelndem Bustransport. Auch psychologische Effekte sind nicht zu unterschätzen: Schienen führen irgendwohin, ein Buswartehäuschen steht erst einmal nur in der Landschaft herum. Wird bei entsprechendem Kundenpotential (Einwohner im Umfeld) eine Buslinie durch eine Stadtbahnlinie gleicher Führung und gleicher Taktung ersetzt, kann ein Zugewinn an Fahrgästen entstehen, der auf bis zu 75% ansteigen kann. Von den Betriebskosten und CO2-Ausstoß etc. nehmen sich beide Transportmittel jedoch nicht viel (alles hängt vom Auslastungsgrad ab). Daher muss die hohe Investition in Stadtbahnprojekte sehr gut abgewogen werden. Unabhängig von der jüngst beschlossenen Prüfung von neun Stadtbahnstrecken gilt für mich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorrangiger Ausbau von Stadtbahnstrecken mit Anschluss an das Schienennetz der DB AG (RegioStadtbahn), um die Unterzentren der Region in kurzem Takt zu verbinden (z.B. Spargelexpress nach Wendeburg, Strecke nach Gifhorn, im Süden nach Salzgitter bzw. nach Peine, im Osten nach Wolfsburg etc.), denn ohne schnelle S-Bahnverbindungen in die verschiedenen Zentren der Region wird es kein Zusammen-</li> </ul>	<p>Einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowohl innerstädtisch als auch in der Region begrüße ich grundsätzlich. Wichtig ist dabei aber, die Bürger sehr frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Nur durch Mitbestimmung und Teilhabe kann eine Verbesserung der Lebensumstände genau dieser Bürger erreicht werden. Auch hoffe ich, dass sich durch einen attraktiv ausgebauten ÖPNV die Parkplatzprobleme innerhalb der Stadt nachhaltig entspannen.</p>	<p>Ich unterstütze das Ausbaukonzept uneingeschränkt. Insbesondere die westliche Innenstadtumfahrung und die Anbindung von Lehdorf/Lamme sollte schnellstmöglich realisiert werden. Die RegioStadtbahn war ein sehr zukunftsweisendes Projekt. Sollte es von der SPD/Grünen Landesregierung Signale geben, dass bei der Förderung anders gehandelt wird als unter der CDU/FDP Regierung, wäre ich sofort dafür, die Planung wieder aufzunehmen.</p>

	<p>realistisch. Es sollte deshalb jetzt das von allen politischen Vertretern im ZGB beschlossene „Regionalbahnkonzept 2014+“ gemeinsam verfolgt und die dafür notwendige Finanzierung gegenüber dem Land durchgesetzt werden.</p>			<p>wachsen geben und alle diesbezüglichen Diskussionen sind Makulatur. Von der Komplexität der Entscheidungsstrukturen sollte man sich nicht abschrecken lassen und vor allem diese Planungen gegenüber der Planung innerstädtischer Stadtbahnstrecken hintan stellen. Wenn man das tut, wird da nie etwas draus.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Keine Führung von Straßenbahnen durch enge Wohnstraßen (z.B. Madamenweg, Rennelberg, Neunkirchener Straße, Saarbrückener Straße), d.h. im Falle der Strecke über Lehndorf nach Lamme käme für mich nur die Führung auf der schon freigehaltenen Trasse via Kanzlerfeld in Frage.</li><li>• Keine Beeinträchtigung von Alleebäumen (z.B. Bau der Stadtbahn durch die Saarstraße nur, wenn Erhalt der Lindenallee gesichert ist).</li></ul> <p>Mit Elektrobussen, die per Induktionsaufladung aufgeladen werden können, befinden wir uns an der Schwelle einer neuen Technologie, deren Potenzial wir heute noch gar nicht einschätzen können. Gerade weil Braunschweig bundesweite eines der wenigen Schaufenster für Elektromobilität ist, darf diese Option nicht außen vor bleiben, auch vor dem Hintergrund der möglichen Förderungen. Vor Umsetzung von Teilstrecken des Stadtbahnkonzeptes ist daher für mich eine vergleichende Prüfung von Stadt-</p>		
--	---	--	--	--	--	--

				<p>bahn und E-Bus mit Induktions-aufladung im Hinblick auf Kosten und Umweltfreundlichkeit unverzichtbar.</p> <p>Die Erstellungskosten für die 9 Streckenabschnitte werden von Verkehrsplanern (WVI) mit rund 400 Millionen Euro beziffert, davon alleine die Strecke nach Lamme (via Kanzlerfeld mit ca. 85 Millionen Euro). Mit Kostensteigerungen muss man rechnen. Selbst bei einer Förderung durch das Land (bisher nur für Strecken in getrenntem Gleisbett) verbleiben hohe Beträge. Wenn man dies realisieren will, muss den BürgerInnen klar sein, dass dieses Geld in anderen Bereichen (Soziales, Kultur, Umwelt, Sport) fehlen wird. D.h. eine Umsetzung selbst von Teilen des Stadtbahnkonzeptes möchte ich durch ein Bürgervotum entscheiden lassen.</p>		
--	--	--	--	--	--	--



Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Derzeit versuchen verschiedene Initiativen aus Bürgern und Firmen in der Stadt, den Klimaschutz und die Energiewende (z. B. Energiewende 38) voranzutreiben. Sind Sie als OB bereit, durch z. B. zur Verfügungstellung kommunaler Gebäudedächer oder städtischer Brachflächen Standorte für erneuerbare Energien zu unterstützen? Halten Sie es für möglich, auch Dach- und Fassadenbegrünungen, die auf das lokale Klima großen Einfluss haben, zu fördern?</b></p>	<p>Wir haben bereits im Bauausschuss sichergestellt, dass geeignete Dächer städtischer Gebäude für solche Projekte zur Verfügung stehen. Von Solarparks auf Grundflächen halte ich im Stadtgebiet aus Gründen der Stadtgestaltung und der Landschaftspflege wenig. Im Stadtgebiet liegt der Hauptansatzpunkt für die Energiewende und den Klimaschutz im Bereich der Wärmeenergie und dort bei der Gebäudesanierung und Heizungs-technik, sprich bei der Energieeffizienz und -einsparung. Dach- und Fassadenbegrünungen haben wenig Einfluss auf das Klima, allenfalls auf das Kleinklima und sind mehr eine gestalterische bzw. ökologische Sache. Dies möchte ich den Gebäudeeigentümern überlassen und würde ich nicht mit öffentlichen Mitteln fördern.</p>	<p>Grundsätzlich sind Bürgergesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Energieanlagen ausdrücklich zu begrüßen. Die SPD-Ratsfraktion hat dieses Thema in der Vergangenheit mehrfach aufgegriffen, zuletzt durch einen Antrag aus dem Jahr 2012, in dem die Stadt Braunschweig aufgefordert wurde, gemeinsam mit möglichen Partnern eine Gesellschaft zum Betrieb von Solaranlagen zu gründen. Dieses Modell konnte unter anderem aufgrund der Aufgabe einer in Gründung befindlichen Solargenossenschaft bis jetzt nicht realisiert werden. Da ein solches wie von Ihnen beschriebenes Geschäftsmodell bereits in vielen anderen Kommunen gut funktioniert, bin ich durchaus bereit, derartige Initiativen als Oberbürgermeister zu unterstützen, solange die Wirtschaftlichkeit des Anlagenbetriebs sichergestellt ist.</p>	<p>Zur ersten Frage: Ja, natürlich. Meine Partei und ich persönlich sind da schon seit längerem am Ball. So haben wir zum Haushaltsplan 2012 ein städtisches Förderprogramm für regenerative Energien beantragt und auch durchgesetzt. Bis 2015 sollen insgesamt 370.000 € für die Förderung des Baus oder der Installation entsprechender Anlagen (hauptsächlich Solarthermie und Photovoltaik) fließen. Zur zweiten Frage: Ja, natürlich. Wir Grünen haben die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen schon vor etwa 25 Jahren gemeinsam mit der SPD eingeführt und ich will – die Zustimmung des Rates vorausgesetzt – als Verwaltungschef gerne dieses Förderprogramm reaktivieren und ausweiten.</p>	<p>Selbstverständlich müssen kommunale Gebäudedächer und andere geeignete Flächen in kommunaler Hand für die Gewinnung erneuerbarer Energien zur Verfügung gestellt werden, sofern dies gemeinnützigen Zwecken dient. Zusätzlich ist das Förderprogramm der Stadt zu überarbeiten. Für Photovoltaik-Anlagen werden derzeit nur die energetisch ungünstigen Dächer (Ost- und Westexposition) gefördert. Das ist Unsinn. Da der staatliche Fördersatz für Solarenergie und Photovoltaik im stärker reduziert werden, brauchen wir gerade Ansätze für die Dächer mit hohem Energiegewinnungspotential (Südexposition), was sehr leicht dem Solarkataster SUNAREA zu entnehmen ist. Fortschreibung und Intensivierung der Klimaschutzbemühungen: Braunschweig hat ein Klimaschutzprogramm und einen Klimaschutzmanager. Das ist positiv. Im Einzelnen sind die Klimaschutzbemühungen, die sich augenblicklich sehr stark auf technische Aspekte beschränken (z.B. klimagerechte Gebäudesanierung), jedoch erheblich zu erweitern, z.B. durch verstärkte Eigenkontrolle des Stadtklimas durch Anschaffung weiterer Messcontainer (bisher nur zwei: Broitzem, Altewiekring) und mobiler Messeinrichtungen für den Einsatz an temporä-</p>	<p>Die Anpassungen an den Klimawandel sind umfangreich, aber notwendig, wie der Deutsche Städtetag in seinem Positionspapier von September 2012 mitteilte. Es gibt mittlerweile so viele Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, die es wert sind, umgesetzt zu werden. Dazu gehört auch Dach- und Fassadenbegrünung und das werde ich definitiv unterstützen. Ich sehe keinen Grund warum Braunschweig hier nicht alle Möglichkeiten nutzen sollte.</p>	<p>Die Verwaltung hat ja bereits mitgeteilt, welche Dächer geeignet sind. Hier könnten schon lange PV-Anlagen aufgebaut sein. Insbesondere in Sanierungsgebieten kann auch eine Begrünung von Gebäuden gefördert werden. Dies wird aber leider selten in Anspruch genommen. Meines Erachtens brauchen wir in einigen Stadtteilen auch viel mehr Bäume.</p>



				<p>ren Brennpunkten (z.B. Baustellen), Schaffung geeigneter Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge (z.Z. ganze vier Ladestationen). Es fehlt bisher völlig die Integration biotischer Komponenten in das Klimaschutzprogramm, also Baum- und Waldschutz, Trinkwasserreservoir, Gewässerschutz, Bodenschutz. Die Stadt Salzburg prägt den Begriff „Strategische Begrünung urbaner Bereiche“. Dies erfordert wirksamen Baumschutz (nicht nur im öffentlichen Bereich), da gerade ältere Bäume klimawirksam sind. Eine Baumschutzsatzung ist somit eigentlich ein selbstverständlicher Bestandteil eines effektiven Klimaschutzprogramms. Erforderlich ist darüber hinaus eine Strukturanalyse, die Wirkungszusammenhänge zwischen städtischen Vegetationsstrukturen, Gebäuden, versiegelten Flächen und mikroklimatischen Bedingungen herstellt, von der ausgehend Klimaeffekte modelliert werden können. Im Klimaschutzprogramm fehlt ebenfalls die Ernährung als Klimaschutzfaktor: Der Vorschlag eines fleischlosen Tages in öffentlichen Kantinen geht in die richtige Richtung: Pflanzliche Nahrung ist um ein Vielfaches klimafreundlicher als Fleisch- und Milchprodukte. Fleischverzicht ist aktiver Klimaschutz: Die Stadt muss diesbezüglich informieren und Angebote unterbreiten.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Im Zuge des Stadtbahnkonzepts führen engagierte Bürger einen konstruktiven Dialog mit den Bewohnern der betroffenen Stadtteile. Wie stehen Sie zu einer erweiterten Bürgerbeteiligung, auch in Form von Bürgerentscheiden oder Bürgerbefragungen bei größeren kommunalen Bauprojekten (wie einer Stadtbahnstrecke)?</b></p>	<p>Solche Bürgerbeteiligungen und -entscheide machen nur Sinn, wenn solche Projekte von Fachleuten auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft wurden, das Projekt inklusive seiner Finanzierung dann solide abgebildet wird und ein solcher Entscheid – wenn er denn zustande kommt – dann auch im Sinne der Bürger umgesetzt werden kann. Eine solche Überprüfung steht noch an und ich habe meine Einschätzung dazu unter Frage 3 abgegeben. Eine Bürgerbeteiligung zu geeigneten und realistischen Projekten und zum richtigen Zeitpunkt halte ich für richtig.</p>	<p>Bürgerbeteiligung heißt auch Bürgerverantwortung. Kommunale Selbstverwaltung ist gerade die Chance nicht nur „bürgernah“, sondern mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Entscheidungen zu diskutieren, Prioritäten zu setzen und demokratisch legitimiert um- und durchzusetzen. Ich werbe für mehr Beteiligung als Teilhabemöglichkeit, aber auch gleichzeitig für mehr Verantwortung. Gesamtstädtische Interessen müssen letztlich vom Rat verantwortet werden.</p>	<p>Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern möchte ich Braunschweig zu einer echten Bürgerkommune weiterentwickeln. Voraussetzung einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung ist allerdings ein vernünftiges (angemessenes) Beteiligungsverfahren, das zum jeweiligen Einzelfall passt. Da gibt es in Braunschweig schon eine ganze Menge und manches (wie der „Bürgerhaushalt“) soll jetzt auch in unserer Stadt erstmals erprobt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig anders, konstruktiver und mit eindeutigen Regeln mit dem Thema Bürgerbeteiligung umgegangen wird. So haben wir beim Thema Stadtbahnausbau dafür gesorgt, dass das entsprechende Konzept unter intensiver Beteiligung der Braunschweiger Bürger/innen sowie von Fachleuten erstellt wird. Außerdem haben wir erfolgreich angeregt, dass der Rat noch vor einem Beschluss zur Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für eine (oder mehrere) der möglichen Stadtbahntrassen entscheidet, ob das Stadtbahnausbaukonzept Gegenstand einer Bürgerbefragung werden soll.</p>	<p>Schon durch den Namen „Bürgerinitiative Braunschweig“ steht die BIBS für die Begriffe „Bürgerbeteiligung“ und „Transparenz“. Wir verstehen die Rolle des Oberbürgermeisters nicht als die eines quasi-diktatorischen Entscheiders, sondern als Vermittler zwischen den verschiedenen Bürgerinteressen. Neben einer größeren Akzeptanz von Entscheidungen führt Bürgerbeteiligung zu einer höheren Transparenz von Prozessen sowie einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Die bisherige Administration hat die Vorbehalte der Bürger jedoch entweder überhaupt nicht beachtet (z.B. Schlossparkvernichtung, Startbahnausbau) oder sog. „Bürgerbefragungen“ als scheindemokratische Veranstaltung aus wahltaktischen Beweggründen durchgeführt (z.B. Stadionausbau). Bürgerbeteiligungen müssen ehrlich und ohne Hintergedanken durchgeführt werden. Um Partizipation anzukurbeln, sollte die Gründung von Bürgerforen/-vereinen unterstützt und weitere Partizipationsformen erprobt werden. Wir haben in BS den Vorteil noch vergleichsweise kleinteiliger Bezirksräte (Beispiel Bonn: gleich groß aber nur 3 Bezirksräte). Dadurch ist die Anbindung der Bezirksräte an die Bevölkerung vor Ort sehr direkt. Deshalb sind den Bezirksräten wesentlich mehr Kompeten-</p>	<p>Bürgerbeteiligung ist für mich ein absolutes Muss! Es kann nicht sein, dass Großprojekte wie z. B. die Schlossfassade oder die Wasserwelten beschlossen werden, ohne die Bürger, die sie nutzen und dafür schlussendlich in der ein oder anderen Form bezahlen, ausreichend einzubeziehen. Mitbestimmung sollte aber nicht nur auf größere kommunale Bauprojekte beschränkt sein sondern auch für Projekte in einzelnen Stadtteilen gelten. Schließlich handelt es sich bei den Stadtteilen um das direkte Umfeld der Bürger und in diesem sollen sie durch Bürgerentscheide Einfluss nehmen können.</p>	<p>Ich bin für eine umfassende Beteiligung der Bürger bei allen relevanten Entscheidungen und will darauf hinweisen, dass auf Antrag unserer Fraktion der nächste Haushalt in Form eines Bürgerhaushaltes aufgestellt wird. Ich halte allerdings nicht viel davon, wenn Maßnahmen, die einen einzelnen Stadtteil oder sogar nur einige Straßen betreffen, zum Gegenstand einer stadtweiten Befragung gemacht werden.</p>

				<p>zen und finanzielle Mittel zur Gestaltung der Stadtteile zu übertragen. Bezirksliche Empfehlungen/Beschlüsse zu ignorieren muss für übergeordnete Gremien (Ausschüsse, Rat) wesentlich schwerer werden als bisher.</p> <p>Der dieses Jahr erstmals eingeführte Bürgerhaushalt ist mit 50 Cent/Einwohner bzw. Obergrenzen von 2000.- Euro/Vorschlag ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Bürgerhaushalt muss signifikant weiter entwickelt werden und entschieden mehr investiert werden.</p>		
--	--	--	--	--	--	--

Frage	Hennig Brandes	Ulrich Markurth	Holger Herlitschke	Wolfgang Büchs	Merten Herms	Udo Sommerfeld
<p><b>Eine letzte Frage für Sie: Welches Thema liegt Ihnen persönlich noch besonders am Herzen?</b></p>	<p>Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, und zwar durchgehend von der Krippe, über die Kita bis hin zur Schulkindbetreuung.</p>	<p>Stadtentwicklung mit nachhaltiger Quartierspolitik auch für bezahlbaren Wohnraum, Braunschweig als internationale, weltoffene Stadt, Regionspolitik als gelingendes Miteinander und Braunschweig als kommunale Bildungslandschaft von Anfang an sind weitere wichtige Stichworte für mich.</p>	<p>Für mich steht das Thema Wohnraumversorgung ganz oben auf der Agenda. Durch den verstärkten Zuzug in unsere Stadt wächst der Druck auf den Wohnungsmarkt, bezahlbarer Wohnraum wird langsam zur Mangelware. Hier müssen wir gegensteuern und schnellstmöglich zusätzliche Angebote für alle Bevölkerungsgruppen schaffen.</p>	<p>Es gibt zwei Themenbereiche, die ich gerade, was den Umweltbereich betrifft, für sehr wichtig halte:</p> <p>A) Braunschweig braucht eine auf biologische Vielfalt ausgerichtete ökologische Stadtplanung.</p> <p>B) Braunschweig fehlt ein Konzept zum Umgang mit den Altlasten in Braunschweiger Böden:</p> <p><b>Biologische Vielfalt:</b> Auf Initiative der BIBS ist Braunschweig 2013 Mitglied im Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ geworden (<a href="http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de/70.html">http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de/70.html</a>). Die Umsetzung lässt auf sich warten. Entgegen landläufiger Meinung ist der Verdichtungsraum Stadt keine biologische Wüste, sondern im Gegenteil, die Stadt bietet aufgrund ihres sehr kleinteiligen Musters an Boden- und Klimaverhältnissen, Vertikalstrukturen und neu entstandenen Habitaten (z.B. Industriebrachen) ein immenses Spektrum an Lebensräumen. Das Motto „Artenvielfalt ist Lebensqualität“ fasst den Effekt einer Biodiversitätsstrategie treffend zusammen, dennoch sind Bemühungen um „Biologische Vielfalt“ nicht als Spielwiese verschrobener Naturschützer zu sehen, sondern stellen ein ganzheitliches Konzept mit Zielvorstellungen zum Umgang mit biotischen Ressourcen</p>	<p>Mitgestalten statt Verwalten: Der Oberbürgermeister ist der Chef der Verwaltung, sollte sich aber eher als Vermittler sehen und auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Er sollte seine Rolle als Chance verstehen Verwaltung und Bevölkerung einander näher zu bringen.</p>	<p>Sozialpolitik (Kinder- und Familienarmut, keine Perspektiven für Langzeitarbeitslose, steigende Probleme durch Wohnungslosigkeit u.a.) muss endlich Chefsache werden und der Mangel an bezahlbaren, kleinen Mietwohnungen muss behoben werden.</p>

				<p>in einem Gemeinwesen dar: Dies erstreckt sich neben der Tier- und Pflanzenartenvielfalt, auf Klimaschutz und (Trink-/Abwasser)Wasserhaushalt, Energieerzeugung, Flächenverbrauch/-versiegelung, beinhaltet sozioökonomische Effekte bis hin zu kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten und umfasst z.B. Innenhof-/Fasadengestaltung; Kleingärten, Grünflächenpflege, Schaffung von Klimaausgleichsräumen, Naturerlebnisräume, Auswahl standortgerechter Bepflanzung, Erhalt alter Nutzpflanzensorten, Gestaltung des Verkehrsbegleitgrüns; Gestaltung von Hochwasserretentionsräumen etc. <a href="http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/uploads/media/Die_Stadt_als_Habitat_01.pdf">http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/uploads/media/Die_Stadt_als_Habitat_01.pdf</a>. Andere Städte sind hier schon viel weiter als Braunschweig: Hannover beispielsweise ist Bundeshauptstadt der Biodiversität; viele Kommunen unterziehen sich Öko-Audit-Verfahren der EU (EMAS-Zertifizierung). Davon ist Braunschweig Lichtjahre entfernt. Um der Stadt diesbezüglich auf die Sprünge zu helfen, hat sich inzwischen unter dem Dach des BUND ein „Braunschweiger Bündnis für biologische Vielfalt“ gegründet.</p> <p><b>Altlasten:</b> Braunschweig hat ein Riesenproblem mit der Belastung von Böden mit Schadstoffen. Im Bereich der Theodor-Heuss-Straße befindet sich eine Riesenblase</p>		
--	--	--	--	---	--	--

				<p>polyzyklischer aromatischer Kohlenstoffe (PAK) aus einer ehemaligen Teerfabrik. Wenn diese Blase die Oker erreicht: eine Katastrophe. Hohe Tetrachlorethan- und Trichlorethenbelastungen (und andere Chlorderivate) als Reminiszenzen chemischer Reinigungen finden wir Braunschweiger Böden an vielen Stellen der Stadt. Das ganze Gebiet Hamburger Straße, Schützenplatz, Ludwigstraße, Mittelweg ist verseucht – Brunnen dürfen nicht benutzt werden – genau dort, wo im Vorzeigeprojekt Nordstadt innenstadtnaher Wohnraum erschlossen werden soll. In der Ludwigstrasse gelangte Trichlorethen aus dem Grundwasser ins Mauerwerk und schließlich in die Raumluft der dort ansässigen Lebenshilfe – sie musste geschlossen und evakuiert werden. Momentan ist ein Innenstadtbereich massiv betroffen. Wir finden diese Bodenverseuchungen am Madamenweg, in Wenden, im Heidberg, Harxbüttel und anderswo. Jüngster Altlastenfall ist ein asbestverseuchter Estrich, bis in die 80er Jahre häufig angewendet. Es stellt sich die Frage, gibt es andere (öffentliche) Gebäude, die ebenfalls betroffen sind? Bisherige Strategie der Stadt: Das Problem kleinreden und hoffen, dass nichts passiert, denn durch Altlastensanierung lässt sich politisch kein Blumentopf gewinnen.</p>		
--	--	--	--	--	--	--



				<p>Wann die nächste „Altlastenbombe“ hochgeht, ist allerdings nur eine Frage der Zeit. Die Konsequenzen müssen gezogen werden. Die Stadt braucht ein Programm zur Sanierung belasteter Böden sowie zur Altlastensanierung insgesamt.</p> <p>Braunschweig hat eklatant großen Nachholbedarf im Bereich Umwelt- und Naturschutz: Während die Bauverwaltung personell „ohne Ende“ aufgestockt wurde, wurde der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderte Bereich Umwelt- und Naturschutz in Braunschweig in den letzten 13 Jahren sträflich vernachlässigt. Dem Umweltamt fehlen Fachleute z.B. für die Beurteilung von Bodenbelastungen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich auf das Allernötigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt. Im Jahr 2000 wurde das Umweltdezernat aufgelöst und der Bauverwaltung zugeschlagen. Eine meiner ersten Amtshandlungen als OB wird sein wieder ein selbständiges Umweltdezernat einzurichten.</p>		
--	--	--	--	--	--	--